

Antisemitismus in Berlin und Neukölln gemeinsam bekämpfen!

Die in der Pandemie zu Tage tretenden Verschwörungsideologien legen erschreckende Kontinuitäten zu bereits vorher bestehenden antisemitischen Verschwörungserzählungen, Stereotypen, Ressentiments und Narrativen offen. Wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Stimmen weisen jedoch seit langem darauf hin, dass offener Antisemitismus nicht erst seit der Pandemie zunimmt.

Antisemitismus ist ein strukturelles, gesellschaftliches Problem, das sich immer wieder in unterschiedlichen Formen Bahnen bricht. Der Anschlag auf die Synagoge in Halle, aber auch offene Übergriffe auf Jüdinnen*Juden in Berlin und in ganz Deutschland zeigen wie schnell latenter Antisemitismus in offenen Hass umschlagen kann. Auch an Berliner Schulen kommt es immer wieder zu antisemitischen Vorfällen. In der Reaktion der Schulen, aber auch der Bezirkspolitik zeigt sich oftmals eine Überforderung beim Umgang mit diesen Vorfällen oder auch schlichtweg eine Banalisierung der Übergriffe.

Neukölln stellt in dieser Analyse keine Ausnahme dar. Auch hier kommt es regelmäßig zu antisemitischen Übergriffen, jüdische Bürger*innen sind einer ständigen Bedrohung ausgesetzt. Diesem unhaltbaren Zustand sowie dem zugrundeliegenden Antisemitismus muss auf allen Ebenen entschlossen entgegengetreten werden. In der Überzeugung, dass wir als Gesamtgesellschaft in der Verantwortung stehen, haben wir als AG Antifaschismus der Grünen Neukölln das Gespräch mit von Antisemitismus Betroffenen, zivilgesellschaftlichen Initiativen und anderen Akteuren gesucht. Ziel der Interviews war es, Probleme im Umgang mit Antisemitismus in der Stadt und im Bezirk zu identifizieren und Ansätze sowie Ideen für konkrete Strategien und Konzepte für die Arbeit gegen Antisemitismus zu finden. Zu den Gesprächspartner*innen gehörten unter anderem Vertreter*innen von Shalom Rollberg, der Amadeu Antonio Stiftung, der Synagoge am Fraenkelufer, des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin, der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR Berlin) sowie der Antisemi-

tismusbeauftragte der Stadt Berlin Samuel Salzborn und Mitglieder der Grünen.

Basierend auf diesen Gesprächen und in Anknüpfung an mehrere Workshops und Diskussionen zum Thema präsentiert dieses Diskussionspapier kurze Problembeschreibungen. Alle hier diskutierten Inhalte stellen jedoch ausschließlich die Position der AG Antifaschismus der Grünen Neukölln dar. Es werden konkrete Vorschläge für eine aktive Auseinandersetzung mit Antisemitismus in unserem Bezirk Neukölln und für eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen in diesem Bereich gemacht.

Das vorliegende Papier ist ein Angebot, miteinander ins Gespräch zu kommen und gemeinsam nach Strategien im Kampf gegen Antisemitismus zu suchen. Wir als AG Antifaschismus fordern einen offenen, selbstkritischen und konstruktiven Umgang mit dem Problem Antisemitismus. In der festen Überzeugung, dass gemeinsam eine offene, demokratische, antisemitismus-, rassistisch- und diskriminierungsfreie Stadtgesellschaft entstehen kann, müssen wir:

- Pluralität sichtbar machen!
- Wissenslücken schließen!
- Aktives Erinnern und Gedenken fördern!
- Allianzen bilden!

Pluralität sichtbar machen!

Wir wollen einen Bezirk, in dem sich jüdisches Leben in seiner Vielfalt entfalten kann und sichtbar wird.

Antidiskriminierungs- und Antisemitismusbeauftragte auf Bundes- und Landesebene vermögen es nicht, die Vielzahl unterschiedlicher jüdischer Positionen zu vertreten und engagieren sich teils einseitig. Auch hat die Einführung von Antisemitismusbeauftragten bisher nicht zu einer nachhaltigen Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus innerhalb der breiten Bevölkerung geführt. Die Beauftragten oder auch der Zentralrat der Juden in Deutschland treten vor allem dann in der Öffentlichkeit in Erscheinung, wenn es zu Anschlägen auf Synagogen oder zu gewalttätigen antisemitischen Vorfällen kommt, die nach wie vor eher als Einzelfälle deklariert und nicht als Ausdruck eines allgegenwärtigen Problems wahrgenommen werden.

Die Repräsentation jüdischen Lebens in Deutschland wird seiner Pluralität nicht gerecht. Jüdinnen*Juden in Deutschland, Berlin und Neukölln bilden keine monolithische Gruppe. Sie entsprechen keinem normativen Bild, sondern vertreten religiöse, nicht-praktizierende, atheistische oder progressiv-religiöse Positionen. Insbesondere in Neukölln gibt es eine große Gruppe jüdischer Migrant*innen aus Israel, die in der Repräsentation jüdischer Realitäten in Deutschland und Berlin oftmals nicht mitgedacht werden. Post-sowjetische jüdische Perspektiven derjenigen, die aktuell die Mehrheit der Jüdinnen*Juden in Deutschland ausmachen, sind mitunter noch weniger sichtbar. Generell scheint es an Sensibilität für die Unterschiede zwischen deutsch-jüdischen und migrantisch-jüdischen Familienidentitäten zu mangeln.

Deswegen fordern wir:

- ☑ Die Förderung von jüdischen Gemeinden sowie zivilgesellschaftlich organisierten jüdischen Vereinen und Initiativen sollte breit angelegt sein, um so unterschiedliche jüdische Positionen und Bereiche der Vernetzung sowie des Engagements zu unterstützen. Dafür braucht es auf Bezirksebene eine Strategie, um zur Verfügung stehende Mittel sinnvoll und nachhaltig einzusetzen.
- ☑ Die Repräsentation und Vermittlung jüdischer Realitäten durch Antisemitismusbeauftragte ebenso wie durch Bildungseinrichtungen sollte darauf bedacht sein, die Vielfalt jüdischer Perspektiven und Positionen widerzuspiegeln und ein Bewusstsein für Heterogenität zu stärken. Konkret bedeutet dies in Neukölln: der von der BVV Zählgemeinschaft geplante runde Tisch gegen Antisemitismus muss diesen unterschiedlichen Stimmen Gehör verschaffen.

Wissenslücken schließen!

Wir wollen einen Bezirk, in dem sich Menschen jeden Alters mit dem Thema Antisemitismus auseinandersetzen und aktiv ihre eigenen Wissenslücken über jüdisches Leben schließen.

Zurecht ist eine zentrale Aufgabe deutscher Erinnerungskultur die Auseinandersetzung mit den deutschen Verbrechen in der Zeit zwischen 1933 - 1945. Leider beschränkt sich jedoch bei vielen in Deutschland lebenden Menschen das Wissen zu jüdischem Leben und Antisemitismus häufig auf die Shoah. Obwohl Antisemitismus von verschiedenen Akteuren

zunehmend auch als aktuelles Problem wahrgenommen wird, verortet ein Großteil der Gesellschaft Judenfeindlichkeit als Phänomen der Vergangenheit. Anzuerkennen, dass Antisemitismus nach wie vor eine Rolle spielt und nie verbannt wurde, bedeutet, sich mit den antisemitischen Einstellungen und Ressentiments in unserer Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Verschwörungsmythen über vermeintliche jüdische Weltbeherrschungsszenarien oder das Absprechen des Existenzrechts Israels sind gängige Argumentationsmuster, die das Denken eines zu großen Teils der Bevölkerung bestimmen. Ohne die Einsicht, dass diese antisemitischen Einstellungen von vielen Menschen geteilt oder zumindest nicht infrage gestellt werden, lassen sich die Zunahme antisemitischer Straf- und Gewalttaten nicht erklären.

Besonders an Schulen muss dringend Bildungsarbeit geleistet werden, die das Problem des Antisemitismus nicht nur aus historischer Perspektive betrachtet, sondern jüdisches Leben in Deutschland heute und damals sichtbar macht. (Berliner) Schulen behandeln dieses häufig ausschließlich im Kontext der Shoah, was weder die Vielschichtigkeit von Antisemitismus ausreichend beleuchtet, noch der Vielfalt jüdischen Lebens in Deutschland gerecht wird. Interviewpartner*innen machten darauf aufmerksam, dass der Staat Israel im Unterricht oft ausschließlich im Kontext des Nahostkonflikts, also oftmals in einer „Täter“-Perspektive, beleuchtet wird, was nicht selten zu unreflektierter Israelkritik als neue Ausprägung des Antisemitismus führt.

Deswegen fordern wir:

- ☑ Mehr Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen wie z. B. Shalom Rollberg, die Begegnungsräume schaffen und wichtige Bildungsarbeit leisten. Das Bezirksamt soll darauf hinwirken, dass eine nachhaltige Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Bildungseinrichtungen möglich wird. Ziel muss es sein, das Wissen von Schüler*innen, Lehrer*innen und anderen Bürger*innen zu jüdischem Leben in Deutschland zu erweitern, Dialogräume zu schaffen und über heutigen Antisemitismus aufzuklären.
- ☑ Außerdem muss eine Perspektiverweiterung an Berliner Schulen stattfinden. Im Curriculum muss Platz eingeräumt werden für die Behandlung von Antisemitismus auch vor und nach dem Nationalso-

zialismus, mit starkem Augenmerk auf Antisemitismus heute. Israel und aktuelles jüdisches Leben sollten nicht ausschließlich im Kontext des Nahostkonflikts behandelt werden. Dafür sollen sich grüne Landesdelegierte auch auf Berliner Ebene einsetzen.

Aktives Erinnern und Gedenken fördern!

Wir wollen einen Bezirk, in dem es vielfältige Orte und Gelegenheiten des gemeinsamen Erinnerns und Gedenkens gibt.

Erinnerung und Gedenken an jüdisches Leben vor 1933 und an die Shoah findet in Deutschland, Berlin und Neukölln oftmals an zentralen Orten (z. B. am Holocaust-Mahnmal) und/oder zu zentralen Gedenktagen statt (z. B. am 27. Januar und 9. November). Auch die Auseinandersetzung mit Antisemitismus in unserer heutigen Gesellschaft beschränkt sich oftmals auf reaktive Betroffenheitsbekundungen nach antisemitischen Vorfällen wie etwa nach dem antisemitischen Anschlag auf die Synagoge in Halle (und dem Tod zweier Bürger*innen) 2019 oder dem antisemitischen Vorfall an einer Schöneberger Schule 2018.

Das Erinnern und Mahnen zu offiziellen Anlässen und an bestimmten Gedenkortern ist eine wichtige Säule nicht nur der Erinnerungskultur, sondern auch der Auseinandersetzung mit antidemokratischen, rassistischen und antisemitischen Haltungen in unserer Gesellschaft. Darüber hinaus fehlt es jedoch auch in Berlin-Neukölln an Strukturen und Möglichkeiten jüdisches Leben aus historischer und aktueller Perspektive im Alltag sichtbar zu machen. Die Erinnerung an jüdisches Leben vor 1933, die Auseinandersetzung mit der Zeit zwischen 1933 und 1945, aber auch die Sichtbarmachung heutigen jüdischen Lebens findet im Neuköllner Stadtbild kaum statt. Dies zeigt sich unter anderem an der im Vergleich zu anderen Bezirken geringen Zahl an Stolpersteinen und Gedenktafeln vor und an Neuköllner Häusern.

Wir sind davon überzeugt, dass aktives Erinnern und Gedenken auch an dezentralen Orten und im Alltag notwendig sind, um Antisemitismus zu begegnen und Dialogräume zu öffnen. Durch die digitale und analoge Sichtbarmachung jüdischen Lebens vor 1933, zwischen 1933 und 1945 aber auch nach 1945 können aktives Erinnern gefördert, Lücken im Berliner Stadt-

leben sichtbar gemacht und Dialogangebote geschaffen werden. Als AG Antifaschismus der Grünen-Neukölln wollen wir aktiv daran mitwirken, solche Erinnerungs-, Denk- und Dialogangebote zu schaffen.

Deswegen fordern wir:

- ☑ Der Bezirk muss sich dafür einsetzen, dass Orte jüdischen Lebens im Bezirk vor 1933, zwischen 1933 und 1945, aber auch heute durch digitale und analoge niederschwellige Angebote sichtbar gemacht werden, z. B. entlang einer Bezirkstour, die Informationen in Form von Gedenksäulen und ergänzendem App- und Webseitenangebot zur Verfügung stellt. Ein solches Angebot, das sich sowohl an Kinder, Jugendliche als auch Erwachsene richten muss, sollte zudem Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten bieten (z. B. mit Shalom Rollberg als eine Station).
- ☑ Der Bezirk muss sich aktiv mit der eigenen Geschichte zwischen 1933 und 1945 auseinandersetzen. Jüdische Neuköllner*innen sind in diesem Zeitraum diskriminiert, deportiert und ermordet worden. Orte wie die Deportationssammelstelle an der Sonnenallee oder auch das Zwangsarbeiterlager Hermannstraße müssen sichtbar werden. Dafür braucht es finanzielle Förderung von Erinnerungskonzepten und die Einbindung in Bildungsprogramme. Zudem sollte der Bezirk in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Expert*innen und zivilgesellschaftlichen Akteuren (z. B. Hufeisern gegen Rechts, Galerie Olga Benario, etc.) eine historische Auseinandersetzung mit jüdischem Leben in Neukölln initiieren und diese einbetten in ein Konzept zum aktiven Umgang mit Erinnerung und der Bekämpfung von Antisemitismus heute.

Allianzen bilden!

Wir wollen einen Bezirk, in dem verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppen und politische Akteure gleichberechtigt Seite an Seite für eine offene, demokratische, antisemitismus-, rassistis- und diskriminierungsfreie Stadtgesellschaft eintreten.

Einige Gesprächspartner*innen haben betont, dass insbesondere in Neukölln das Thema Antisemitismus nicht isoliert von anderen Diskriminierungsformen betrachtet werden kann. Der Neuköllner Norden unterscheidet sich demographisch stark vom Süden, rechte Strukturen sind im Süden besonders aktiv, aber

auch Nordneukölln ist regelmäßig Schauplatz rechter Gewalt. Sie bedroht People of Color und Jüdinnen*Juden gleichermaßen. Da seit einigen Jahrzehnten in Deutschland der Anteil muslimischer Bürger*innen stetig zunimmt, bezeichnen längst nicht mehr nur rechts-konservative Politiker*innen und Verbände diesen Anstieg als Grund für die zunehmende Zahlen antisemitischer Überfälle und Straftaten. So werden rassistisch aufgeladene Stereotype gegenüber Muslim*innen geschürt. Sieht die weiß-christliche Dominanzgesellschaft die Schuld bei „den Anderen“, so muss sie sich nicht mit den eigenen antisemitischen Ressentiments beschäftigen. Antisemitismus wird externalisiert und als Import dargestellt.

Dies spiegelt sich auch in mangelnder Auseinandersetzung mit antisemitischen und rassistischen Anschlügen im Bezirk wider. Hier wird jedoch deutlich, dass von rechtsextrem eingestellten Menschen, Faschist*innen und Nazis die gewalttätigste Form von Antisemitismus ausgeht. Von der gleichen Gruppe geht außerdem die größte Gefahr durch gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aus. Diese trifft nicht nur Jüdinnen*Juden, sie trifft migrantisierte Menschen, queere Menschen und Personen, die sich gegen Nazis engagieren. Die meisten (verbalen) Gewalttatbestände gegen diese Gruppen gehen von Rechten in Parlamenten, Verschwörungsmithiker*innen auf Demos und von Nazis auf der Straße aus. Dies steht im Gegensatz zur Erzählung der einseitigen Bedrohung für Jüdinnen*Juden durch Muslim*innen in Deutschland.

Deshalb möchten wir Allianzen schmieden, die keinen Keil zwischen sich treiben lassen. Wir möchten die demokratische Zivilgesellschaft zusammenbringen, gemeinsame Projekte fördern und Brücken bauen, wo noch keine sind. Zentral dabei ist der Kampf gegen jede Form der Diskriminierung. Dies alles kann nur gelingen, wenn die demokratischen Kräfte zusammenarbeiten. Von Rassismus betroffene Neuköllner*innen behaupten sich Seite an Seite mit Christ*innen, den Omas gegen Rechts, Jüdinnen*Juden, Muslim*innen und Queers gegen Nazis auf der Straße und in den Parlamenten. Die Zivilgesellschaft ist stark, aber sie braucht Rückendeckung von der Politik und eine finanzielle Basis, mit der sie Ressourcen aufbauen kann.

Deswegen fordern wir:

- ☑ Das Bezirksamt muss zivilgesellschaftliche Akteure und Projekte sowohl finanziell als auch ideell fördern, die sich dafür einsetzen, dass unterschiedlichen Diskriminierungsformen gemeinsam begegnet wird und zivilgesellschaftliche und politische Akteure zusammengebracht werden (z. B. Bündnis Neukölln).
- ☑ Das Bezirksamt soll einen Förderpreis über € 5.000 für „Neuköllner Projekte gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ausloben (abseits der *Demokratie leben* Förderstruktur). Ein Kriterium für die Vergabe sollte diskriminierungskritische Bündnisarbeit sein.

Gemeinsam für ein offenes, demokratisches, antisemitismus-, rassistisches- und diskriminierungsfreies Neukölln!

Berlin, Januar 2022

Kontakt: Die AG Antifaschismus der Grünen-Neukölln, ag-antifaschismus@gruene-neukoelln.de



Unsere Forderungen auf einen Blick

Pluralität sichtbar machen!

- ☑ Die Förderung von jüdischen Gemeinden sowie zivilgesellschaftlich organisierten jüdischen Vereinen und Initiativen sollte breit angelegt sein, um so unterschiedliche jüdische Positionen und Bereiche der Vernetzung sowie des Engagements zu unterstützen. Dafür braucht es auf Bezirksebene eine Strategie, um zur Verfügung stehende Mittel sinnvoll und nachhaltig einzusetzen.
- ☑ Die Repräsentation und Vermittlung jüdischer Realitäten durch Antisemitismusbeauftragte ebenso wie durch Bildungseinrichtungen sollte darauf bedacht sein, die Vielfalt jüdischer Perspektiven und Positionen widerzuspiegeln und ein Bewusstsein für Heterogenität zu stärken. Konkret bedeutet dies in Neukölln: der von der BVV Zählgemeinschaft geplante runde Tisch gegen Antisemitismus muss diesen unterschiedlichen Stimmen Gehör verschaffen.

Wissenslücken schließen!

- ☑ Mehr Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen wie z. B. Shalom Rollberg, die Begegnungsräume schaffen und wichtige Bildungsarbeit leisten. Das Bezirksamt soll darauf hinwirken, dass eine nachhaltige Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Bildungseinrichtungen möglich wird. Ziel muss es sein, das Wissen von Schüler*innen, Lehrer*innen und anderen Bürger*innen zu jüdischem Leben in Deutschland zu erweitern, Dialogräume zu schaffen und über heutigen Antisemitismus aufzuklären.
- ☑ Außerdem muss eine Perspektiverweiterung an Berliner Schulen stattfinden. Im Curriculum muss Platz eingeräumt werden für die Behandlung von Antisemitismus auch vor und nach dem Nationalsozialismus, mit starkem Augenmerk auf Antisemitismus heute. Israel und aktuelles jüdisches Leben sollten nicht ausschließlich im Kontext des Nahostkonflikts behandelt werden. Dafür sollen sich grüne Landesdelegierte auch auf Berliner Ebene einsetzen.

Aktives Erinnern und Gedenken fördern!

- ☑ Der Bezirk muss sich dafür einsetzen, dass Orte jüdischen Lebens im Bezirk vor 1933, zwischen 1933 und 1945, aber auch heute durch digitale und analoge niederschwellige Angebote sichtbar gemacht werden, z. B. entlang einer Bezirkstour, die Informationen in Form von Gedenksäulen und ergänzendem App- und Webseitenangebot zur Verfügung stellt. Ein solches Angebot, das sich sowohl an Kinder, Jugendliche als auch Erwachsene richten muss, sollte zudem Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten bieten (z. B. mit Shalom Rollberg als eine Station).
- ☑ Der Bezirk muss sich aktiv mit der eigenen Geschichte zwischen 1933 und 1945 auseinandersetzen. Jüdische Neuköllner*innen sind in diesem Zeitraum diskriminiert, deportiert und ermordet worden. Orte wie die Deportationssammelstelle an der Sonnenallee oder auch das Zwangsarbeiterlager Hermannstraße müssen sichtbar werden. Dafür braucht es finanzielle Förderung von Erinnerungskonzepten und die Einbindung in Bildungsprogramme. Zudem sollte der Bezirk in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Expert*innen und zivilgesellschaftlichen Akteuren (z. B. Hufeisern gegen Rechts, Galerie Olga Benario, etc.) eine historische Auseinandersetzung mit jüdischem Leben in Neukölln initiieren und diese einbetten in ein Konzept zum aktiven Umgang mit Erinnerung und der Bekämpfung von Antisemitismus heute.

Allianzen bilden!

- ☑ Das Bezirksamt muss zivilgesellschaftliche Akteure und Projekte sowohl finanziell als auch ideell fördern, die sich dafür einsetzen, dass unterschiedlichen Diskriminierungsformen gemeinsam begegnet wird und zivilgesellschaftliche und politische Akteure zusammengebracht werden (z. B. Bündnis Neukölln).
- ☑ Das Bezirksamt soll einen Förderpreis über € 5.000 für „Neuköllner Projekte gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ausloben (abseits der Demokratie Leben Förderstruktur). Ein Kriterium für die Vergabe sollte diskriminierungskritische Bündnisarbeit sein.